



Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH  
Planungsabteilung V2-PL1/Spang

**Barrierefreier Ausbau der Haltestellen Thomas-Mann-Straße bis Nußbaumweg  
sowie Trassierungsänderung der Wendeschleife Hammäcker  
in Karlsruhe Daxlanden / Rheinstrandsiedlung**

**Planfeststellung nach § 28 PBefG**

**Anlage 10.5**

**Feststellung über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung**



Bahnsteig wird nach Norden verlegt, so dass die Bahnsteige zukünftig vor-Kopf zu dem in Verlängerung der August-Dosenbach-Straße geplanten Bahnübergang für Fußgänger sowie Rad- und Kfz-Verkehr angeordnet sind. Der Bahnübergang wird signaltechnisch gesichert. Die Bahnsteige werden mit einer Länge von 66 m, einer Breite von 3,00 m sowie einer Höhe von 34 cm über Schienenoberkante ausgebaut. Die Bahnsteigzugänge erhalten geneigte Zugänge mit einer Längsneigung von maximal 6 %.

– Haltestelle Karl-Delisle-Straße

Die Haltestelle besitzt im Bestand zwei gegenüberliegende Bahnsteige, die in bestehender Lage auf eine Länge von jeweils 66 m Länge, eine Höhe von 34 cm über Schienenoberkante und eine Breite von 2,50 m ausgebaut werden. Die Bahnsteigzugänge erhalten geneigte Zugänge mit einer Längsneigung von maximal 6 %. Zusätzlich zu der nördlich der Haltestelle befindlichen technisch gesicherten Querung wird im Süden der Haltestelle eine unsignalisierte Z-Querung angeordnet.

– Haltestelle Dornröschenweg

Die Bahnsteige der Haltestelle sind im Bestand gegenüberliegend angeordnet und werden in bestehender Lage barrierefrei ausgebaut. Beide Bahnsteige erhalten eine Länge von jeweils 66 m, eine Höhe von 34 cm über Schienenoberkante und eine Breite zwischen 2,50 m und 3,00 m. Die Bahnsteigzugänge erhalten geneigte Zugänge mit einer Längsneigung von maximal 6 %. Zur Erschließung der Haltestelle sind geringfügige Anpassungen an den angrenzenden Fuß- und Radwegen erforderlich. In Folge des Haltestellenausbaus wird die Verlegung des vorhandenen Gleiswechsels erforderlich. Dieser muss zurückgebaut werden und wird im Bereich der Wendeschleife Hammäcker südlich der Haltestelle neu errichtet.

– Haltestelle Nussbaumweg

Die Haltestelle Nussbaumweg verfügt im Bestand über gegenüberliegende Bahnsteige. Die Haltestelle wird zurückgebaut und um ca. 50 m nach Norden verschoben. Die Bahnsteige werden auf eine Länge von 66 m, eine Höhe von 34 cm über Schienenoberkante und eine Breite zwischen 2,50 m und 3,00 m



ausgebaut. Die Bahnsteigzugänge erhalten geneigte Zugänge mit einer Längsneigung von maximal 6 %. Die vorhandene signalisierte Querung im Norden der Haltestelle soll als nicht technisch gesicherter Z-Übergang ausgebaut werden. Im Süden der Haltestelle wird eine technisch gesicherte Querung als Haltestellenzugang angeordnet. Zur Erschließung der Haltestelle sind geringfügige Anpassungen an den angrenzenden Fuß- und Radwegen erforderlich.

– Wendeschleife Hammäcker

Die südlich der Haltestelle Dornröschenweg gelegene Wendeschleife Hammäcker wird im Zuge des Haltestellenumbaus in ihrer Trassierung angepasst. Dafür werden das vorhandene Gleis der Wendeschleife mit Weichen, die Kreuzung mit dem Streckengleis in Fahrtrichtung Rheinstetten, der Ausstiegsbahnsteig im Bereich der Wendeschleife sowie die betriebliche Ausstattung zurückgebaut. Die Gleistrasse der neuen Wendeschleife wird um maximal 5,00 m verschoben und als erschütterungsarmer Oberbau auf Betonplatte mit begrüntem Gleis hergestellt. Der bestehende Ausstiegsbahnsteig entfällt zukünftig ersatzlos. Die Anpassung der Wendeschleife erfordert eine grundlegende Anpassung der Leit- und Sicherungstechnik zur Ein- und Ausfahrt der Wendeschleife sowie für die durchfahrenden Straßenbahnen zwischen Rheinstetten und Karlsruhe. Die Fahrleitungsanlage über der gesamten Wendeschleife wird ebenfalls erneuert und der neuen Lage der Wendeschleife angepasst.

Aus den vorgelegten Unterlagen ergibt sich nach überschlägiger Prüfung, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Maßgeblich für diese Entscheidung sind im Wesentlichen folgende Gesichtspunkte:

– Haltestelle Thomas-Mann-Straße

Das Vorhaben wird fast vollständig auf bereits versiegelten Flächen in nahezu bestehender Lage realisiert. Der Vorhabensbereich ist durch die Nutzung als Verkehrsfläche mit Straßenbahn- und Kfz-Verkehr geprägt und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft bereits vorbelastet. Es handelt sich um den Ausbau einer bestehenden Haltestelle, der im innerstädtischen Bereich von Karlsruhe durchgeführt wird.

Anfallender Bodenaushub und Bauschutt werden recycelt bzw. ordnungsgemäß entsorgt. Die Entwässerung wird weitgehend wie im Bestand erfolgen, so dass bei Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsstandards keine Beeinträchtigungen für Wasser/Grundwasser zu erwarten sind.

Es ist nicht zu erwarten, dass durch den Haltestellenumbau artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt werden. Im Übrigen werden auch keine besonderen Schutzgebiete tangiert, insbesondere keine Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotop- und Naturdenkmäler, Wasserschutz-, Heilquellenschutz- und Überschwemmungsgebiete.

Mit erheblichen betriebsbedingten Immissionen durch das Vorhaben ist nicht zu rechnen. Während der Bauzeit ist zwar mit verschiedenen Immissionen zu rechnen. Sofern die nach AVV-Baulärm gültigen Immissionsrichtwerte nicht einzuhalten sind, werden aktive Schutz- und Minimierungsmaßnahmen ergriffen, um Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Summationswirkungen sind nicht zu erwarten.

Im Ergebnis sind daher keine Wirkungen zu erwarten, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.

– Haltestelle Karl-Delisle-Straße

Die Haltestelle wird in bestehender Lage barrierefrei ausgebaut. Der Vorhabenbereich ist durch die Nutzung als Verkehrsfläche mit Straßenbahn- und Kfz-Verkehr geprägt und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft bereits vorbelastet. Es handelt sich um den Ausbau einer bestehenden Haltestelle, der im innerstädtischen Bereich von Karlsruhe durchgeführt wird.

Durch den Umbau der Haltestelle wird die Rodung eines Baumes nördlich der vorhandenen B+R-Anlage erforderlich. Der Baum ist bereits durch bestehende Leitungen und Einbauten in seinem Lebensraum eingeschränkt und nach Einschätzung des Gartenbauamtes der Stadt Karlsruhe nicht schützenswert. Die Rodung des Baumes stellt allerdings einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Der Begriff „erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen“ im Sinne des



UVPG ist allerdings nicht gleichbedeutend mit dem der „erheblichen Beeinträchtigung“ im Sinne des naturschutzrechtlichen Eingriffsrechts. Angesichts des durch die Nutzung als Verkehrsfläche geprägten und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft bereits vorbelasteten Standorts wird die Rodung eines Baumes nicht als erhebliche nachteilige Umweltauswirkung bewertet.

Anfallender Bodenaushub und Bauschutt werden recycelt bzw. ordnungsgemäß entsorgt. Die Entwässerung wird weitgehend wie im Bestand erfolgen, so dass bei Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsstandards keine Beeinträchtigungen für Wasser/Grundwasser zu erwarten sind.

Es ist nicht zu erwarten, dass durch den Haltestellenumbau artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt werden. Im Übrigen werden auch keine besonderen Schutzgebiete tangiert, insbesondere keine Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope und Naturdenkmäler, Wasserschutz-, Heilquellenschutz- und Überschwemmungsgebiete.

Mit erheblichen betriebsbedingten Immissionen durch das Vorhaben ist nicht zu rechnen. Während der Bauzeit ist zwar mit verschiedenen Immissionen zu rechnen. Sofern die nach AVV-Baulärm gültigen Immissionsrichtwerte nicht einzuhalten sind, werden aktive Schutz und Minimierungsmaßnahmen ergriffen, um Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Summationswirkungen sind nicht zu erwarten.

Im Ergebnis sind daher keine Wirkungen zu erwarten, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.

#### – Haltestelle Dornröschenweg

Die Haltestelle wird in bestehender Lage barrierefrei ausgebaut. Der Vorhabenbereich ist durch die Nutzung als Verkehrsfläche mit Straßenbahn- und Kfz-Verkehr geprägt und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft bereits vorbelastet. Es handelt sich um den Ausbau einer bestehenden Haltestelle, der im innerstädtischen Bereich von Karlsruhe durchgeführt wird.

Anfallender Bodenaushub und Bauschutt werden recycelt bzw. ordnungsgemäß entsorgt. Die Entwässerung wird weitgehend wie im Bestand erfolgen, so dass bei Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsstandards keine Beeinträchtigungen für Wasser/Grundwasser zu erwarten sind.

Es ist nicht zu erwarten, dass durch den Haltestellenumbau artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt werden. Im Übrigen werden auch keine besonderen Schutzgebiete tangiert, insbesondere keine Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope und Naturdenkmäler, Wasserschutz-, Heilquellenschutz- und Überschwemmungsgebiete.

Mit erheblichen betriebsbedingten Immissionen durch das Vorhaben ist nicht zu rechnen. Während der Bauzeit ist zwar mit verschiedenen Immissionen zu rechnen. Sofern die nach AVV-Baulärm gültigen Immissionsrichtwerte nicht einzuhalten sind, werden aktive Schutz und Minimierungsmaßnahmen ergriffen, um Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Summationswirkungen sind nicht zu erwarten.

Im Ergebnis sind daher keine Wirkungen zu erwarten, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.

– Haltestelle Nussbaumweg

Für die Verschiebung der Haltestelle werden zwar Grünflächen in Anspruch genommen. Der Vorhabenbereich ist allerdings durch die Nutzung als Verkehrsfläche mit Straßenbahn- und Kfz-Verkehr geprägt und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft bereits vorbelastet. Es handelt sich um den Ausbau einer bestehenden Haltestelle, der im innerstädtischen Bereich von Karlsruhe durchgeführt wird.

Anfallender Bodenaushub und Bauschutt werden recycelt bzw. ordnungsgemäß entsorgt. Die Entwässerung wird weitgehend wie im Bestand erfolgen, so dass bei Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsstandards keine Beeinträchtigungen für Wasser/Grundwasser zu erwarten sind.



Es ist nicht zu erwarten, dass durch den Haltestellenumbau artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt werden. Im Übrigen werden auch keine besonderen Schutzgebiete tangiert, insbesondere keine Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotop und Naturdenkmäler, Wasserschutz-, Heilquellenschutz- und Überschwemmungsgebiete.

Mit erheblichen betriebsbedingten Immissionen durch das Vorhaben ist nicht zu rechnen. Während der Bauzeit ist zwar mit verschiedenen Immissionen zu rechnen. Sofern die nach AVV-Baulärm gültigen Immissionsrichtwerte nicht einzuhalten sind, werden aktive Schutz und Minimierungsmaßnahmen ergriffen, um Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Summationswirkungen sind nicht zu erwarten.

Im Ergebnis sind daher keine Wirkungen zu erwarten, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.

– Wendeschleife Hammäcker

Der Vorhabenbereich ist durch die Nutzung als Verkehrsfläche mit Straßenbahn- und Kfz-Verkehr geprägt und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft bereits vorbelastet. Eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme wird nicht erforderlich, das Gleis der Wendeschleife bleibt - wie im Bestand - begrünt.

Sollten beim Rückbau der Gleisanlage schadstoffbelastete Materialien auftreten, werden diese sachgerecht behandelt und entsorgt. Die Entwässerung wird weitgehend wie im Bestand erfolgen, so dass bei Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsstandards keine Beeinträchtigungen für Wasser/Grundwasser zu erwarten sind.

Es ist nicht zu erwarten, dass durch den Umbau der Wendeschleife artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt werden. Im Übrigen werden auch keine besonderen Schutzgebiete tangiert, insbesondere keine Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotop und Naturdenkmäler, Wasserschutz-, Heilquellenschutz- und Überschwemmungsgebiete.



Mit erheblichen betriebsbedingten Immissionen durch das Vorhaben ist nicht zu rechnen. Während der Bauzeit ist zwar mit verschiedenen Immissionen zu rechnen. Sofern die nach AVV-Baulärm gültigen Immissionsrichtwerte nicht einzuhalten sind, werden aktive Schutz und Minimierungsmaßnahmen ergriffen, um Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Summationswirkungen sind nicht zu erwarten.

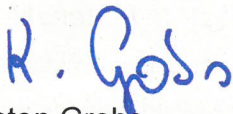
Im Ergebnis sind daher keine Wirkungen zu erwarten, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.

Die dieser Entscheidung zu Grunde liegenden Unterlagen können im Regierungspräsidium Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 17 (Zimmer Nr. 315), 76133 Karlsruhe zu den üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs.3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

Dieses Schreiben wird am öffentlichen Aushang des Regierungspräsidiums Karlsruhe sowie im Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Mit freundlichen Grüßen



Kirsten Grobs